

An

Bundeskanzler Werner Faymann
Vizekanzler Michael Spindelegger
Beamtenministerin Gabriele Heinisch-Hosek
Unterrichtsministerin Claudia Schmied
Finanzministerin Maria Fekter

Parlamentsclubs der SPÖ, ÖVP, FPÖ, Grünen, des BZÖ, des Teams Stronach
GÖD, ÖGB

Sehr geehrte Bildungsverantwortliche,

sehr geehrter Herr Bundeskanzler, sehr geehrter Herr Vizekanzler, sehr geehrte

Regierungsmitglieder,

sehr geehrte Abgeordnete des Nationalrats!

24. September

2013

Stellungnahme zum Neuen Lehrerdienstrecht

In offener Frist übermittelt das Kollegium des BG Dornbirn seine Stellungnahme zu gegenständlichem Entwurf und bittet um Veröffentlichung auf der Homepage des Nationalrats.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Der zur Begutachtung vorliegende Entwurf zum Lehrerdienstrecht Neu weist aus unserer Sicht nicht nur gravierende Mängel auf, sondern erfüllt auch keine der Anforderungen, deren Umsetzung eine positive Entwicklung der österreichischen Schulen erst ermöglichen würde.

Die Vorlage ist lediglich ein schlecht kaschiertes Sparpaket auf dem Rücken der Lehrenden an den Schulen. Durch massive Arbeitszeiterhöhung der PädagogInnen soll offensichtlich der grassierende Lehrermangel abgefangen werden, ohne Rücksicht darauf, dass schon jetzt das Ausmaß der Belastung für viele Lehrpersonen so hoch ist, dass sie sich entweder für Teilzeit entscheiden oder ganz aus dem Lehrberuf aussteigen.

Unsere Kritikpunkte im Einzelnen:

Induktionsphase: Der Einstieg in das Lehramt soll in Zukunft mit voller Lehrverpflichtung im neuen höheren Ausmaß erfolgen. Daneben sind noch Hospitationspflichten zu erfüllen und Lehrveranstaltungen an der PH oder Universität zu besuchen. Auch die weitere Ausbildung in Richtung Masterabschluss soll in dieser Zeit stattfinden. Dies erscheint gegenüber den Erfahrungen mit dem bisherigen Unterrichtspraktikum, das wenigstens Platz für Supervision und Selbstreflexion in dieser wichtigen Berufsphase geboten hat, zumindest als eine massive Verschlechterung, wenn nicht gar unmachbar.

Leistungsanreiz: Es wird seit langem ein leistungsorientiertes Entlohnungssystem im Lehrberuf diskutiert, das Mehreinsatz und Engagement in der Schule fördern und belohnen soll. Der vorliegende All-in-Vorschlag ist genau das Gegenteil davon. In der Schule der Zukunft soll offensichtlich Leistung eher bestraft werden. So werden in der Schule anfallende, teilweise sehr intensive Kustodiatstätigkeiten (Bibliothek, EDV, etc.) nicht mehr entlohnt. Die Abwanderung von gut Ausgebildeten wird zweifellos noch zunehmen, was auch volkswirtschaftlich sehr bedenklich ist.

Arbeitszeit: Obwohl in der vom Ministerium vor Jahren in Auftrag gegebenen Arbeitszeitstudie nachgewiesen wurde, dass österreichische Lehrer/innen keinesfalls weniger arbeiten als andere Berufsgruppen, soll durch das neue Dienstrecht die Arbeitszeit um bis zu 40(!) % angehoben werden, und das ohne signifikanten Lohnausgleich. Dass damit tausende Arbeitsplätze vernichtet würden, ist

leicht zu errechnen. Dass auf der anderen Seite die Betreuungsqualität im gleichen Maße sinken muss, liegt auf der Hand, weil die Zeit, die für den einzelnen Schüler oder die Schülerin bleibt, proportional abnimmt. Eine Bildungsinitiative, die vorgibt, das Wohl der Schüler/innen im Fokus zu haben, sieht anders aus.

Qualitätsverlust: In Zukunft sollen alle als Bachelor ausgebildeten PädagogInnen in allen Schulformen bis zur 8. Schulstufe eingesetzt werden können, auch ohne Rücksicht auf ihre fachliche Qualifikation. So kann man wohl den sehr unterschiedlichen Anforderungen in den verschiedenen Schultypen kaum gerecht werden. Die offensichtliche Geringschätzung der fachlichen Ausbildung führt zwangsläufig zur Senkung der inhaltlichen Qualität des Unterrichts.

Massive Einkommensverluste: Bei jeder Form der Berechnung ergeben sich für die Unterrichtenden gewaltige Einkommensverluste über die Jahre gerechnet. Eine seriöse Rechnung kann ja nur unter Berücksichtigung der Arbeitszeit erfolgen, was offensichtlich in anderen Branchen selbstverständlich ist. Die versprochene Anhebung der Einstiegsgehälter wird mit einer deutlich niedrigeren Lebensverdienstsumme erkaufte. Die vorgeschlagene Regelung bedeutet eine Arbeitszeitverlängerung um bis zu 40% ohne Lohnausgleich. So etwas ist für jede Berufsgruppe undenkbar.

Anstellungssituation und Arbeitsplätze: Für eine dauerhafte und damit sichere Anstellung in der Primar- und Sekundarstufe ist die Erlangung eines Masterabschlusses Bedingung. Diese Ausbildung muss in den ersten fünf Jahren der Berufstätigkeit gemacht werden. Das erscheint nicht zuletzt unter der massiven Mehrbelastung durch die Lehrpflichtserhöhung und Verschärfung des Berufseinstieges sehr bedenklich. Die Ausbildungszeit erhöht sich gegenüber der bisherigen außerdem um Jahre. Die Jobsicherheit der einzelnen Lehrkraft erscheint gefährdet. Durch die Erhöhung der Lehrverpflichtung werden voraussichtlich mehr als 10 000 Arbeitsplätze im Bildungsbereich gestrichen.

Unterstützungspersonal: Österreich hat im OECD-Vergleich extrem wenig psychologisches und administratives Personal im Schulbereich. Eine Aufstockung wurde in Aussicht gestellt. Davon ist aber nirgends die Rede. Auch hier wird nichts für die Entlastung der Lehrenden geboten.

In jedem Detail erscheint der Gesetzesentwurf als ein blanker Hohn, wenn man an die vollmundigen Ankündigungen von Seiten der Regierung denkt, den Lehrberuf so attraktiv gestalten zu wollen, dass in Zukunft nur mehr die Besten der Besten in die Schulen kommen werden. Unter den angedrohten Umständen wird garantiert genau das Gegenteil passieren. Die österreichische Schule wird kaputt gespart, der Jugend die Chance auf eine konkurrenzfähige Bildung genommen.

Wir verlangen ein Dienstrecht, das unsere Schulen fit für die Anforderungen der Zukunft macht und junge engagierte Menschen für den Lehrberuf motiviert und ihnen dort Entwicklungschancen bietet.

für den Dienststellenausschuss: Mag. Klaus Luger: klaus.luger@feldmoos.at

für den gewerkschaftlichen Betriebsausschuss: Mag. Markus Germann:

markus.germann@bgdo.snv.at

Dir. Mag. Markus Germann
BG Dornbirn
Realschulstraße 3
A-6850 Dornbirn
T: 05572/22364
H: ++43 (0)664/4302412
M: bg.dornbirn.dir@cnv.at
www.bgdornbirn.at